



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Mag. Robert Krotzer**

Donnerstag, 1. Oktober 2015

**Antrag zur dringlichen Behandlung**

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Arm trotz Arbeit im „Haus Graz“?**

Löhne und Gehälter, von denen die Beschäftigten leben können, sowie gute Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Schlüssel für soziale Gerechtigkeit. Die Stadt Graz muss sich in dieser Hinsicht ihrer Vorbildfunktion bewusst sein. Will die Politik Akzente für mehr soziale Gerechtigkeit setzen, müssen erste Schritte dort gesetzt werden, wo sie unmittelbar oder mittelbar Gestaltungsmöglichkeiten hat. Dies gilt insbesondere in Zeiten, in denen mehr und mehr Menschen trotz Arbeit arm sind, prekäre Beschäftigungsformen um sich greifen und durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit der Druck auf Einkommen, Arbeitsbedingungen und die Beschäftigten selbst verschärft wird.

Von vielen Menschen muss nämlich die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Anspruch genommen werden, weil die Einkommen aus ihrer Erwerbsarbeit schlichtweg nicht ausreichen. Dies wird nicht zuletzt in der – auch im Grazer Gemeinderat geführten – Debatte um die bedarfsorientierte Mindestsicherung deutlich, die vielfach zum Wechseln von politischem Kleingeld auf dem Rücken der Betroffenen genützt wird, anstatt effektive Lösungen ins Auge zu fassen. Eine politische Lösung im Interesse der arbeitenden Menschen kann und darf dabei nicht die verschärfte Gängelung und Überwachung der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten sein. Im Gegenteil hat die Politik die Weichen für eine Beschäftigungs- und Lohnpolitik zu stellen, die möglichst vielen Menschen ein Einkommen ermöglicht, von dem sie leben können, anstatt sie zu Bittstellern zu degradieren.

Verzichtet die öffentliche Hand umgekehrt auf die ihr in den Fragen von Lohnpolitik, Beschäftigungsmaßnahmen oder Arbeitsbedingungen zur Verfügung stehenden Gestaltungsmöglichkeiten, gibt sie zugleich jede Glaubwürdigkeit ab, gesamtgesellschaftlich Einfluss im Sinne von angemessenen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen zu nehmen. Finanzstarke Interessensgruppen können und werden das als Freibrief verstehen, eine Politik des Lohndumpings, der atypischen Beschäftigungsverhältnisse und der Verdichtung von Arbeitsabläufen zu verschärfen.

Damit eben diese Entwicklung gebremst wird, soll die Stadt Graz eine Vorbildfunktion einnehmen und sämtliche Beschäftigungsverhältnisse im „Haus Graz“ dahingehend prüfen, ob ausgeschlossen werden kann, dass Beschäftigte trotz Arbeit unter der Einkommensgrenze für die bedarfsorientierte Mindestsicherung bleiben.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung**  
(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Stadtrat Univ. Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher in seiner Funktion als Personal- und Beteiligungsreferent bis zur ordentlichen Sitzung des Gemeinderats im Jänner 2016 einen Bericht vorzulegen, der Auskunft darüber gibt, ob und wenn ja, in welchen Abteilungen und in welchem Ausmaß es im „Haus Graz“ Beschäftigungsverhältnisse gibt, bei denen Beschäftigte ein so geringes Einkommen haben, dass sie trotz Arbeit unter der Einkommensgrenze für die bedarfsorientierte Mindestsicherung bleiben.**